

Aufsicht in der Sozialversicherung

Ergänzbares Handbuch für die Praxis

von

Dr. Fred Schneider

Abteilungspräsident

im Bundesministerium für Arbeit und Soziales a.D.

unter Mitarbeit von

Dr. Uwe Markus

Abteilungspräsident

Reiner Müller

Regierungsdirektor

Frank Otto

Regierungsdirektor

Andreas Pfohl

Abteilungspräsident

Wolfgang Popoff

Regierungsdirektor

Thorsten Schlotter

Leitender Regierungsdirektor

Dr. Thomas Schmitz

Regierungsdirektor

alle im Bundesamt für Soziale Sicherung

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
ESV.info/978-3-503-01783-6

ISBN 978-3-503-01783-6

ISSN 0933-2057

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2021
www.ESV.info

Satz: Satz-Rechen-Zentrum Hartmann+Heenemann, Berlin
Druck: Meta Systems, Wustermark

Vorwort

Das vorliegende Handbuch soll einen umfassenden Einblick in die Aufgaben und Tätigkeiten der Aufsichts- und Mitwirkungsbehörden in der Sozialversicherung geben und der größeren Transparenz der staatlichen Aufsicht, ihrer rechtlichen Grundlagen und ihrer Praxis dienen.

Es ist aufgrund langjähriger praktischer Erfahrungen gestaltet worden, so dass weniger die wissenschaftlich-systematische Darstellung als die konkrete Problemlösung in repräsentativen Aufsichts- und Mitwirkungssituationen im Vordergrund steht. Rechtssystematische Fragestellungen sind jedoch dann vertieft worden, wenn sich durch die Aufsichtspraxis ein besonderes Bedürfnis hierfür gezeigt hat.

Das Handbuch soll auch die Sachdiskussion zwischen den Selbstverwaltungskörperschaften und der staatlichen Aufsicht weiter fördern. Es wird deshalb begrüßt, wenn den hier vertretenen Auffassungen mit Anregungen und Kritik von Seiten der Selbstverwaltung begegnet wird. Die Verfasser hoffen, dass diese Diskussion das kooperative Zusammenwirken von Selbstverwaltungskörperschaften und Aufsichtsbehörden festigt, dem gegenseitigen Verstehen dient und damit der Sache nützt.

Um stets aktuell zu sein, erscheint das Handbuch in Loseblattform, die die schnelle Berücksichtigung neuer praktischer Erfahrungen ermöglicht. Um den Rahmen der Darstellung nicht zu sprengen, werden Prüfthemen- und Fragenkataloge sowie Leitlinien und Verfahrensgrundsätze der Aufsichtsbehörden in die Anlagen aufgenommen.

Berlin, im April 2021

Die Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	010	1
Abkürzungsverzeichnis	030	1
Literaturverzeichnis	040	1
Stichwortverzeichnis	050	1
Teil I		
Einführung in das Verhältnis Sozialversicherungsträger – Aufsicht	100	1
I. Allgemeines	1	
II. Sozialversicherung als öffentliche Aufgabe	2	
III. Die Sozialversicherungsträger als Teil der mittelbaren Staatsverwaltung	4	
IV. Selbstverwaltung in der Sozialversicherung	5	
V. Aufsicht und Selbstverwaltung in komplementären Funktionen	8	
Teil II		
Die Rechtsaufsicht	200	1
I. Begriff und Funktion der Rechtsaufsicht	1	
1. Begriff	1	
a) Rechtsaufsicht, Fachaufsicht und Mitwirkung als Formen der Staatsaufsicht	1	
b) Abgrenzung der Staatsaufsicht von der Dienstaufsicht	2	
c) Inhaltliche Unterscheidung der drei Formen der Staatsaufsicht	2	
d) Staatsaufsicht als Amtspflicht i. S. des § 839 BGB	4	
2. Die Wirkungsweise der Rechtsaufsicht	220	1
a) Bildung einer eigenen Überzeugung der Aufsichtsbehörde	1	
b) Rechtsaufsicht als Rechtsanwendungs- kontrolle	2	
aa) Die Rechtsaufsicht im Vergleich zur Rechtskontrolle der Gerichte	2	
bb) Rechtsaufsicht und unbestimmte Rechts- begriffe	5	
cc) Rechtsaufsicht im Ermessensbereich	8	
dd) Rechtsaufsicht und Tatsachenermittlung der Versicherungsträger	10	
c) Die der Rechtsaufsicht immanente Beratungs- funktion	11	

3. Die Entscheidungsfreiheit der Aufsichtsbehörde	230	1
a) Rechtsaufsicht und anhängige Gerichtsverfahren	1	
b) Subsidiarität der Rechtsaufsicht gegenüber dem Beitragseinzugsverfahren?	5	
c) Opportunitätsprinzip	7	
d) Rechtsaufsicht und Individualinteressen	11	
II. Maßstäbe der Rechtsaufsicht	240	1
1. Allgemeines	1	
2. Verfassung	2	
a) Bindung an die Wertentscheidungen der Verfassung	2	
b) Bindung an die Grundrechte	6	
c) Vereinbarkeit von Gesetzen mit dem Grundgesetz	9	
3. Gesetze und Rechtsverordnungen	250	1
a) Gesetze auf dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts	1	
aa) Innerstaatliche Rechtsvorschriften	1	
bb) Zwischenstaatliche und überstaatliche Rechtsvorschriften	3	
b) Sonstige Gesetze	5	
c) Rechtsverordnungen	7	
4. Verwaltungsvorschriften	255	1
a) Allgemeines	1	
b) Begriffliche Abgrenzung	1	
c) Umfang der Bindung an Allgemeine Verwaltungsvorschriften	3	
d) Mittelbare Wirkung unverbindlicher Verwaltungsvorschriften	5	
5. Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung	260	
6. Autonomes Recht der Sozialversicherungsträger	270	1
a) Satzungen	1	
b) Dienstordnungen	2	
c) Entschädigungsregelungen	4	
d) Unfallverhütungsvorschriften, Gefahrtarife	7	
7. Richtlinien der Sozialversicherungsträger und ihrer Verbände	275	1
a) Richtlinien mit ausschließlich verwaltungsinterner Bedeutung	1	
b) Richtlinien mit Außenwirkung kraft Selbstbindung	2	
c) Richtlinien mit Außenwirkung kraft Satzung	4	
d) Richtlinien der Spartenverbände der Sozialversicherungsträger auf Grund gesetzlicher Ermächtigung	5	

8. Verwaltungsvereinbarungen der Sozialversicherungsträger	280	1
9. Tarifverträge	285	1
a) Wirksamkeitsvoraussetzungen und Rechtsfolgen von Tarifverträgen.	1	
b) Verbot der Unterschreitung tarifvertraglicher Regelungen.	2	
c) Grenzen der Überschreitung tarifvertraglicher Regelungen.	3	
10. Ungeschriebenes Recht	290	1
a) Allgemeine Rechtsgrundsätze.....	1	
b) Besondere Rechtsgrundsätze für die Verwaltung	2	
c) Gewohnheitsrecht	3	
11. Die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit	295	1
12. Ständige Rechtsprechung	300	1
III. Prüfung und Unterrichtung	305	1
1. Das Informationsrecht der Aufsichtsbehörde	1	
a) Pflichtgemäße Prüfung	3	
b) Unterlagen und Auskünfte	4	
c) Anzeige-, Vorlage- und Mitteilungspflichten..	7	
d) Unterrichtung an Ort und Stelle, Teilnahme an Sitzungen	8	
e) Beauftragte der Aufsichtsbehörde.....	9	
f) Wahrung der Sozialgeheimnisse	9	
2. Gegenstand der Prüfung und Unterrichtung	310	1
a) Versicherungsträger, Verbände, Arbeitsgemeinschaften.....	1	
b) Die Einrichtungen der Sozialversicherungsträger und Verbände		
aa) Verwaltungseinheiten der Versicherungsträger.....	1	
bb) Eigenbetriebe.....	2	
cc) Beauftragte Einrichtungen	4	
dd) Mitgliedschaften	5	
ee) Arbeitsgemeinschaften	8	
c) Die Geschäfts-, und Rechnungsführung	12	
aa) Allgemeines	12	
bb) Eigene und fremde Geschäfte.....	14	
3. Die Aufsichtsprüfung	330	1
a) Allgemeines	1	
aa) Begriff	1	
bb) Arten der Prüfung	2	
cc) Die Prüfplanung	3	
b) Grundsätze des Prüfverfahrens	4	
aa) Einleitungsgrundsätze	4	
bb) Vorbereitung der Prüfung	5	
cc) Durchführung der Prüfung	7	

dd) Beendigung des Prüfverfahrens	10	
c) Umsetzung von Prüffeststellungen	10	
4. Die Aufsichtsbeschwerde	345	1
a) Begriff und Rechtsnatur der Aufsichts- beschwerde	1	
aa) Begriff	1	
bb) Rechtsnatur der Aufsichtsbeschwerde als Petition gem. Art. 17 GG	4	
b) Das Beschwerdeverfahren	7	
aa) Verfahrensgrundsätze	7	
bb) Die Bearbeitung der Beschwerden	8	
c) Beteiligung der Aufsichtsbehörde an Beschwerdeverfahren bei anderen Stellen	12	
aa) Oberste Behörden des Bundes und der Länder	12	
bb) Parlamente	12	
d) Auswertung der Bearbeitungsergebnisse	13	
IV. Aufsichtsmittel	350	1
1. Aufsichtsmittel nach § 89 SGB IV	2	
a) Verpflichtungsbescheid	2	
aa) Rechtsverletzung	2	
bb) Beratung	4	
cc) Erfolgloser Fristablauf und Opportunitäts- entscheidung	5	
dd) Inhalt des Verpflichtungsbescheides	6	
ee) Wirkung des Verpflichtungsbescheides	9	
ff) Zwangsmittel zur Durchsetzung des Verpflichtungsbescheides	11	
b) Sitzungen der Selbstverwaltungsorgane auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde (§ 89 Abs. 3 SGB IV)	13	
2. Aufsichtsmittel in sonstigen Fällen	360	1
a) Beanstandung des Haushaltsplans durch die Aufsichtsbehörde	1	
aa) Haushaltspläne der Rentenversicherungs- träger	1	
bb) Haushaltspläne der Krankenversiche- rungsträger, Träger der Pflegeversicherung und Unfallversicherungsträger	4	
cc) Haushaltspläne der Knappschaft-Bahn-See, der Unfallversicherung Bund und Bahn und der Sozialversicherung für Landwirt- schaft, Forsten und Gartenbau	6	
b) Beanstandung von Vergütungsvereinbarungen und Verträgen nach dem SGB V durch die Auf- sichtsbehörde	8	
c) Aufsichtsbefugnisse bei Beanstandung von Selektivverträgen	9	

d) Selbsteintritt der Aufsichtsbehörde bei Verhinderung von Organen der Versicherungsträger	12
aa) Wahrnehmung von Aufgaben anstelle des hauptamtlichen Vorstands einer Betriebskrankenkasse	12
bb) Wahrnehmung von Aufgaben anstelle der Selbstverwaltungsorgane eines Versicherungsträgers	13
e) Befugnisse der Aufsichtsbehörde in besonderen Fällen	15
V. Aufsicht und Digitalisierung in der Sozialversicherung	370
1. Ausgangslage für aufsichtliches Handeln	1
2. Auswirkungen der Digitalisierung auf die Praxis der Aufsichtsführung	2
a. Umfangreiche Beratungsaufgaben	2
b. Intensive Abwägungsprozesse	3
3. Beratungsschwerpunkte in der Praxis	5
a. Erweiterung des Leistungsbereichs der gesetzlichen Krankenversicherung durch digitale Anwendungen	5
b. Veränderung der Kommunikation mit den Versicherten durch digitale Lösungen wie Service-Apps oder Online-Geschäftsstellen	8
c. Sicherheitsanforderungen für digitale Lösungen	9
d. Einsatz von Basisinnovationen der Digitalisierung in der gesetzlichen Sozialversicherung	11
aa. Cloud-Computing	11
bb. Webkonferenz- und Messaging-Dienste zur Beschäftigtenkommunikation	12
cc. Bereitstellung von externen Cloud-Speicherlösungen	13
dd. Künstliche Intelligenz und Robotertechnik	14
Teil III	
Die staatlichen Mitwirkungsrechte	500
I. Allgemeines	1
1. Begriff und Anwendungsbereich	1
a) Begriff	1
b) Überblick über die Mitwirkungsvorbehalte im Sozialversicherungsrecht	2
c) Abgrenzung der Mitwirkung von anderen Verfahren	3
d) Abgrenzung zur Mitwirkung der Aufsichtsbehörden bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegenüber Sozialversicherungsträgern	5

2. Rechtsnatur der Mitwirkungsentscheidung	505	1
a) Mitwirkung bei der Setzung autonomen Rechts		1
aa) Die Mitwirkungsentscheidung als gestaltender Verwaltungsakt gegenüber dem Versicherungsträger		1
bb) Keine Rechtswirkung gegenüber Dritten		2
cc) Einzelne Folgen einer Qualifizierung der Mitwirkungsentscheidung als Verwaltungsakt		3
b) Mitwirkung an Verwaltungsmaßnahmen der Versicherungsträger		4
3. Die Funktion der Mitwirkung	510	1
a) Die Doppelfunktion		1
b) Die Mitwirkungstätigkeit in der Praxis		7
aa) Rechtskontrolle, insbesondere Überprüfung des Ermessens		7
bb) Die über die Rechtskontrolle hinausreichende Mitwirkungsfunktion		10a
II. Das Genehmigungsverfahren	520	1
1. Allgemeines		1
2. Beschlussfassung beim Versicherungsträger und Antrag		2
a) Zuständige Organe		2
b) Ordnungsgemäße Beschlussfassung		4
c) Der Genehmigungsantrag		8
3. Prüfung und Genehmigung durch die Mitwirkungsbehörde		11
a) Vorabstimmung		11
b) Die antragsgemäße Entscheidung		14
c) Inkrafttreten		16
4. Nicht antragsgemäße Entscheidungen der Mitwirkungsbehörde	525	1
a) Versagung		1
b) Teilgenehmigung		3
c) Genehmigung mit Nebenbestimmungen		7
aa) Bedingung		8
bb) Auflage		9
cc) Befristung		11
d) Rechtsetzung durch die Mitwirkungsbehörde (Ersatzvornahme)		12
aa) Allgemeines		12
bb) Rechtsgrundlagen		13
cc) Inhalt und Wirkung einer ersatzweisen Rechtsetzung		16
III. Genehmigung von Satzungen der Sozialversicherungsträger	530	1
1. Rechtsgrundlagen und Mitwirkungszwecke		1
2. Genehmigungsmaßstab		3

3.	Satzungsgestaltung und ihre Grenzen	7
a)	Allgemeiner Umfang der Satzungsautonomie	7
b)	Satzungsautonomie und „Kann“-Ermächtigungsnormen	11
4.	Festsetzung des Zusatzbeitrags nach § 242 SGB V in den Satzungen der Krankenversicherungsträger	14
a)	Rahmenbedingungen der Haushalts- und Finanzplanung der Krankenkassen	14
aa)	Gesundheitsfonds, einheitlicher Beitrags- satz und kassenindividueller Zusatzbeitragssatz	14
bb)	Wettbewerb durch Kassenwahlrecht	15
cc)	Grundzüge von Risikostrukturausgleich und Einkommensausgleich	16
dd)	Durchführung der Ausgleichsverfahren im Rahmen des Gesundheitsfonds	18
b)	Die Höhe des Zusatzbeitrags als Satzungs- bestimmung	20
aa)	Haushaltrechtliche Rahmenbedingungen	20
bb)	Vermögensrechtliche Rahmenbedingungen	21
cc)	Beschluss durch den Vorstand und Anordnung durch die Aufsichtsbehörde	24
5.	Genehmigung von Kassenbereichserweiterungen	25
6.	Muster von Satzungen	27
IV.	Genehmigung und Anzeige von Vermögensanlagen der Sozialversicherungsträger	620 1
1.	Allgemeines	1
a)	Mitwirkungszwecke	6
b)	Anwendungsbereich	6
c)	Investitionen durch Träger der Deutschen Rentenversicherung	7
d)	Investitionen durch Krankenkassen	8
e)	Investitionen in der gesetzlichen Unfallver- sicherung	9
f)	Ausnahmegenehmigung der Darlehensauf- nahme bei Kreditinstituten zur Investitions- finanzierung	10
2.	Die Beteiligung an gemeinnützigen Einrichtungen und die Darlehen für gemeinnützige Zwecke	13
a)	Die Beteiligungen der Versicherungsträger an gemeinnützigen Einrichtungen	13
aa)	„Beteiligung“	13
bb)	„Gemeinnützigkeit“	16
b)	Darlehen für gemeinnützige Zwecke	19
c)	Maßstäbe zum Genehmigungs- und Anzeigeverfahren	21
d)	Verfahren	24

3. Der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	25	
a) Gegenstand der Genehmigung	25	
aa) Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	25	
bb) Die Freigrenze	26	
b) Genehmigungsmaßstäbe	27	
c) Auswahl des Grundstücks	28	
d) Verfahren	29	
e) Rechtsfolgen einer Nichtgenehmigung	30	
4. Die Errichtung, die Erweiterung und der Umbau von Gebäuden	31	
a) Gegenstand der Genehmigung	32	
aa) Gebäude	33	
bb) Errichtung, Erweiterung, Umbau	33	
cc) Die Freigrenze des § 85 Abs. 2 und 3 SGB IV	35	
b) Genehmigungsmaßstäbe	35	
c) Verfahren	37	
5. Immobilienleasing	39	
6. Anzeigen nach § 85 Abs. 5 SGB V	40	
7. Anzeige nach § 263a SGB V	41	
V. Insolvenz und Schließung von Krankenkassen	650	1
1. Finanzstabilität als Maxime des Aufsichtshandelns	1	
2. Das Aufsichtsinstrumentarium bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Krankenkassen	3	
a) Beanstandung des Haushaltsplans gem. § 70 Abs. 5 SGB IV	4	
b) Aufsichtsmittel gem. § 89 SGB IV und Ersatzvornahme nach § 242 Abs. 2 S. 3 SGB V	5	
c) Finanzielle Hilfen nach §§ 155 Abs. 3, 164 SGB V	6	
3. Verfahren bei Insolvenz und Schließung	7	
a) Zwangswise Vereinigung durch Beschluss der Aufsichtsbehörde nach § 163 Abs. 3 SGB V	7	
b) Insolvenz	8	
aa) Zahlungsunfähigkeit	9	
bb) Drohende Zahlungsunfähigkeit	10	
cc) Überschuldung	10	
dd) Die Anzeige des Vorstands	11	
c) Schließung	14	
d) Vorrang des Schließungsrechts	15	
e) Insolvenz- und schließungsrechtliche Begleitregelungen	16	
Teil IV		
Zuständige Behörden	700	
I. Die Aufsichts- und Mitwirkungsbehörden	1	
1. Allgemeines	1	

2. Aufsichts- und Mitwirkungsbehörden des Bundes	3
a) Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS)	3
aa) Zuständigkeit und Aufgaben	3
bb) Rechtsstellung	5
b) Bundesministerium für Arbeit und Soziales	6
c) Bundesministerium für Gesundheit	8c
3. Aufsichts- und Mitwirkungsbehörden der Länder	8h
a) Grundlagen und Zuständigkeitsbereich	8h
b) Tabellarische Übersichten	8h
4. Aufsichtsbehördentagungen	26
II. Abgrenzung der Bundes- und Landeszuständigkeit	710
1. Bundes- und landesunmittelbare Sozialversicherungsträger	1
2. Arbeitsgemeinschaften	4
3. Staatliche Organisationsmaßnahmen gegenüber Krankenversicherungsträgern	6
a) („Anschluss“-)Errichtung von Krankenversicherungsträgern	7
b) Andere Organisationsmaßnahmen gegenüber Krankenversicherungsträgern	8
III. Abgrenzung zu anderen staatlichen Kontrollbehörden	720
1. Bundesrechnungshof	1
a) Prüfung landesunmittelbarer Sozialversicherungsträger	1
b) Prüfung bundesunmittelbarer Sozialversicherungsträger	3
c) Verhältnis Bundesrechnungshof-Aufsichtsbehörde	4
2. Datenschutzaufsichtsbehörden	5
a) Zuständigkeit der Datenschutzaufsichtsbehörden im Bereich der Sozialversicherung	5
b) Die Anwendbarkeit der DSGVO und das Sozialgesetzbuch	5
c) Aufgaben und Befugnisse der Datenschutzaufsichtsbehörden	6
d) Verhältnis Datenschutzaufsichtsbehörde – Rechtsaufsichtsbehörde	7
IV. Aufgaben und Kompetenzen der Aufsichtsbehörde bei den Sozialversicherungswahlen	730
	1
Teil V	
Rechtsschutz gegen Entscheidungen der Rechtsaufsichts- und Mitwirkungsbehörden	750
I. Klagen gegen Maßnahmen der Rechtsaufsichts- und Mitwirkungsbehörden	1
II. Die Aufsichtsklage	4
1. Voraussetzungen	4
2. Erhebung der Aufsichtsklage	5

3. Klagegegner	6
4. Aufschiebende Wirkung	7
III. Klage gegen Verpflichtungsbescheid	8
IV. Klage auf Einschreiten der Aufsichtsbehörde	11
V. Klage gegen Beanstandung und Zwangsetatisierung im Haushaltsverfahren	12
VI. Klagen gegen Mitwirkungsentscheidungen	13
VII. Klagen gegen Veränderungen im Bestand und im Bereich von Betriebs- und Innungskrankenkassen	
Staatliche Organisationsmaßnahmen	16
a) Errichtung oder Erweiterung von Betriebs-krankenkassen	16
b) Vereinigung und Schließung von Betriebs- und Innungskrankenkassen sowie Ausscheiden von Kassenteilen	18
VIII. Klagen gegen sonstige Entscheidungen der Rechtsaufsichts- und Mitwirkungsbehörden	
1. Rechtsetzungsakte der Mitwirkungsbehörde (Ersatzvornahme)	19
2. Entscheidung der Aufsichtsbehörde im Rahmen des § 4 Abs. 5 SGB X	19
Teil VI	
Prüfdienst Kranken- und Pflegeversicherung	770
I. Charakter der Prüfung nach § 274 SGB V	4
II. Prüfungsgegenstände und Prüfstrategien	5
1. Universalität der Prüfung	5
2. Turnusprüfung	6
3. Schwerpunkt- und Querschnittsprüfungen	9
4. System- und Einzelfallprüfung	10
5. Finanzstatusprüfungen	10
6. Orientierungs- und Pilotprüfungen	11
7. Prüfturnus	11
8. Externe Beratungsprüfung	12
III. Prüfungsmaßstäbe	13
IV. Informationsrecht der Prüfeinrichtung	14
V. Weitere Aufgaben der Prüfdienste	16
1. Prüfung des Medizinischen Dienstes	16
2. Prüfung der Kassenärztlichen Vereinigungen	16
3. Prüfung der Pflegekassen	16
4. Prüfung der Deutschen Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland	17
5. Medizinischer Dienst Bund	17
6. Arbeitsgemeinschaften	17
VI. Zuständige Behörden für die Prüfdienste Krankenversicherung	17

VII. Prüfdienst Kranken- und Pflegeversicherung des Bundesamts für Soziale Sicherung	18
1. Aufbauorganisation	19
2. Ablauforganisation	19
a) Prüfplan	19
b) Vorbereitung und Einleitung der Prüfung	20b
c) Örtliche Erhebungen	22
d) Beratungsgespräch	26
e) Besprechungsunterlage	26
f) Besprechungsniemerschrift /Prüfbericht	30
g) Nachschau/Nachprüfung	31
h) Abschluss der Prüfung	31
i) Auswertung der Prüfung	31
VIII. Zusammenarbeit der Prüfdienste Krankenversicherung	31
IX. Finanzierung des Prüfdienstes (Bund)	32
X. Gegenüberstellung der Prüfungen nach § 88 Abs. 1 SGB IV und § 274 Abs. 1 SGB V	33
XI. RSA-Prüfungen als neue Aufgabe der Prüfdienste	35
– Versicherungszeiten/Disease-Management-Programm (DMP) –	
1. Prüfauftrag	37
2. Gegenstand / Ziel der Prüfung	37
3. Datenbestimmung und Verfahren	37
4. Stichprobenumfang	37
5. Prüfinhalt	39
– Morbiditätsdaten –	39
1. Prüfauftrag	39
2. Gegenstand / Ziel der Prüfung	39
3. Datenbestimmung und Verfahren	39
4. Stichprobenprüfung	40
5. Prüfinhalt	41
6. Umsetzung der Prüfergebnisse	41
XII. Prüfung „Sonstige Beiträge“	42
1. Prüfauftrag	42
2. Gegenstand der Prüfung	42a
3. Datenbestimmung	42a
4. Stichprobenverfahren	42a
5. Durchsetzung der Prüffeststellungen	44
6. Prüfturnus	45
7. Kosten	45
XIII. Sonderprüfungen nach § 410 SGB V	45
XIV. Bundesrechnungshof	46

Teil VII

Anlagen	800	1
Fragen zur Unterscheidung zwischen selbstständigen Betrieben und unselbstständigen Betriebsteilen	801	1
Fragen zur Änderung des Arbeitgebers für die bisherigen Betriebe (für den ausgegliederten Betriebsteil) und zu deren Auswirkung auf betriebliche Verhältnisse	802	1
Grundsätze für das Verfahren der Genehmigung und Anzeige zum Erwerb und Leasen von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie zur Errichtung, Erweiterung und zum Umbau von Gebäuden gem. § 85 SGB IV (Genehmigungs- und Anzeigeverfahrensgrundsätze)	900	1
Arbeitspapier OUTSOURCING	901	1
Grundsätze für die Beteiligung von Sozialversicherungsträgern an Einrichtungen (privatrechtliche Gesellschaften) zur gesetzlichen Aufgabenerfüllung	905	1
Gemeinsame Wettbewerbsgrundsätze der Aufsichtsbehörden der gesetzlichen Krankenversicherung	910	1
Gemeinsame Leitlinien der Aufsichtsbehörden für die Prüfung der Repräsentations- und Bewirtungsleistungen Allgemeine Verwaltungsvorschrift der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder über die Sozialversicherungsträger für Vorstands- und Geschäftsführerverträge im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung gem. § 35a Absätze 6 und 6a SGB IV	920	1
	930	1